

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher Redakteur: Hermann
Bismarck-Str. 1, 1. Stockwerk, 8048
Dresden

Druck- und Verlagsanstalt
Bismarck-Str. 1, 1. Stockwerk, 8048
Dresden

Druck- und Verlagsanstalt
Bismarck-Str. 1, 1. Stockwerk, 8048
Dresden

Mängel der Devisenbewirtschaftung

Der Reichsverband der Industrie fordert Reformen

Berlin, 1. April. Der Reichsverband der deutschen Industrie gibt über die Lage seiner handelspolitischen Kommission, die gestern nachmittag unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. v. Simon stattfand, folgende Mitteilung aus: Eine eingehende Ausprache über die Probleme, die sich aus der Rückwirkung der deutschen Devisenlage auf die Handelspolitik ergeben, wurde durch ein Referat von Geheimrat Kraft eingeleitet.

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Abwertungsmassnahmen des Auslandes zwingend zu einer Berücksichtigung der Devisensituation führen muß.

wenn auf der einen Seite der Dienst für unsere Auslandsverflechtung aufrechterhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Versorgung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll. Anknüpfend dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, jeden nur möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, zu Devisenexperimenten zu gelangen, ohne dabei die deutsche Ausfuhr, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig gehalten wird, zu beeinträchtigen. Die weitestgehende Berücksichtigung der handelspolitischen Kommission vertrat den Standpunkt, daß das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bedürfnissen nicht gerecht wird.

Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt.

mit dem Ziele einer bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und ge-

wisser unentbehrlicher Halbfabrikate. Die handelspolitische Kommission steht auf dem Standpunkt, daß so bald wie möglich eine Änderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können. Sie vertritt im übrigen die Auffassung, daß

alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso schärf wie etwa damit verbundene Währungsexperimente abzulehnen

sind. Zum Schluß berichtete Direktor Hans Kraemer über das am 3. März 1932 abgeschlossene Zustandekommen zum deutsch-italienischen Handelsvertrag, das zur lebhaften Enttäuschung der Industrie lediglich eine Vereinfachung landwirtschaftlicher Streitpunkte enthält.

300 000 Tsd. Kasse für deutsche Kohlen. Der brasilianische Finanzminister hat am Donnerstag den Vertrag unterzeichnet, nach dem 300 000 Tsd. Kasse gegen deutsche Kohlen eingetauscht werden.

Gewerkschaftsring fordert Verbot der Heberarbeit

Berlin, 1. April. Der Gewerkschaftsring richtet an das Reichsarbeitsministerium eine Eingabe, in der er unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung seiner Forderung nach einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit eine wirksame Bekämpfung der Heberarbeit durch Erlass einer Notverordnung fordert.

Das französische Parlament geht in Ferien

Noch einmal Vertrauensvotum für Tardieu

Paris, 1. April. Obgleich die Haushaltsberatungen der Kammer und des Senats in der Nacht zum Freitag im Rittersaal hätten beendet sein müssen, tagten die beiden Häuser voranschicklich noch den ganzen Freitag über, um den Haushalt endgültig unter Dach zu bringen. In der Kammer kam es verschiedentlich zu heftigen Auseinandersetzungen über Abänderungsvorschläge, die vom Senat eingebracht und von den Kammerabgeordneten zurückgewiesen wurden. Der Entschluß der Regierung, die Neuwahlen auf den 1. und 8. Mai festzusetzen, hat jedoch die allgemeine Zustimmung gefunden. Gegen 3 Uhr war Ministerpräsident Tardieu im Zusammenhang mit einem Artikel über die Befolgung der Postbeamten gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen, wobei die Regierung eine Mehrheit von 59 Stimmen erhielt. Kammer und Senat werden nach der endgültigen Verhandlung des Haushaltes bis zum 1. Juni geschlossen. An diesem Datum tritt der Senat in seiner alten Form wieder zusammen, während in die Kammer die neu gewählten Abgeordneten einziehen.

Im Verlaufe der Nacht wurde auch der Regierungsvorschlag über die Steuererleichterungen für die Theater mit Stimmenmehrheit angenommen, nachdem der Vorschlag des Finanzausschusses, der auch eine Steuererleichterung für die Kinospielhäuser vorsah, auf Wunsch der Regierung abgelehnt worden war. Die Kammer hat mit 446 gegen 50 Stimmen einen Antrag des Wahlforschers auszusprechen angenommen, der den Frauen das allgemeine Wahlrecht für die Wahlen nach 1933 zuerkennt.

Gegen 1/2 Uhr früh nahm die Kammer schließlich den gesamten Haushalt mit 449 gegen 181 Stimmen an, worauf sie sich vertagte.

Um 1/2 Uhr wurde die Beratung wieder aufgenommen. Man rechnet damit, daß der Haushalt, der nunmehr wieder dem Senat angeleitet worden ist, noch mindestens zweimal zwischen den beiden Häusern hin und her geht, so daß auch am Nachmittag noch Sitzungen stattfinden müssen, besonders weil Ministerpräsident Tardieu, der den dänischen Gesandten zum Frühstück erwartete, in den Mittagsstunden nicht anwesend sein kann.

Die englisch-französischen Gegensätze

London, 1. April. In ihren Kommentaren zu der Viermächtekonferenz über die Donaufrage weist die englische Presse auf die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung hin. Die Donaufgabe, so heißt es im „Daily Telegraph“, sei glücklicherweise

keine Frage von lebenswichtiger Bedeutung für England.

so daß die englische Regierung es sich leisten könne, ohne Leidenschaft die Lage zu beurteilen. England dürfe das Ziel der Vorstandsbehandlung innerhalb des Weltreiches nicht aus den Augen verlieren und müsse von diesem Gesichtspunkte aus die Wahrung seiner Rechte den Donauforderungen gegenüber betonen. An eine finanzielle Hilfeleistung müsse die Bedingung knüpfen, daß die

zu leistenden Gelder zum Vorteil des englischen Handels benutzt würden. Allgemein stimmt man darin überein, daß die Gefahr eines Zusammenbruchs Österreichs besteht. Auch die Lage Rumaniens sei ernst. Der „Daily Express“ sagt, ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in Mitteleuropa würde eine unmittelbare Bedrohung des Ansehens und der finanziellen Interessen Frankreichs bedeuten.

Der Tardieuplan sei lediglich darauf berechnet, Frankreichs Interessen an seinen und seine Stellung in Mitteleuropa zu sichern.

Die Stärke Englands, Italiens und Deutschlands beruhe darin, daß ohne ihre Zustimmung ein Erfolg unmöglich sei. Es handle sich bei der Konferenz darum, zu entscheiden, wer die Finanzierung durchführe und wer die politische Macht in Mitteleuropa haben solle. „Daily Herald“ befürchtet, daß der ganze Donauplan schon zu spät komme, und daß eine Krise entstehen werde, wenn Tardieu den Konferenz seinen Plan aufzulegen wolle. Anzeichen, die den kleineren Mächten lediglich die Fortführung ihrer Forderungen ermöglichen sollten, verschlechterten die Lage, anstatt sie zu verbessern. England halte es im Gegensatz zu Frankreich nicht für wünschenswert, daß die mitteleuropäischen Staaten am Goldstandard festhielten.

Die Tschechen lehnen Tardieus Plan ab

Prag, 1. April. In der Aussprache über den Bericht des Außenministers Beneš im Auswärtigen Amt des Abgeordnetenhauses künden am Donnerstag alle Redner der Anstalt Benešs an, nach der sich die Tschechoslowakei ohne Zustimmung von Berlin und Rom am Donauplan Tardieus nicht beteiligen könne. Der deutsche Sozialdemokrat de Witte stellte fest, daß, solange zwischen den beiden größten Nationen Europas eine Krise bestehe, jede europäische Wirtschaftsforderung unter dem Druck dieses Gegenstandes undurchführbar sei. Der Sprecher des Bundes der Landwirte, Bierl, erklärte, daß nur Deutschland imstande sei, den größten Teil der landwirtschaftlichen Heberträge der fünf Donauforderungen aufzunehmen. Die tschechischen Redner behandelten die Donauforderungen vornehmlich vom Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Souveränität der Tschechoslowakei. Der Redner der tschechischen katholischen Volkspartei betonte, daß das künftige Mitteleuropa weder eine Fokulation noch eine Donauforderung sein dürfe.

Ein französischer Räder

Berlin, 1. April. Nach Meldungen aus Paris hat der Senat einstimmig die 600 Millionen-Franken-Anleihe für die Tschechoslowakei bewilligt. Ministerpräsident Tardieu forderte das Oberhaus des französischen Parlaments auf, die Ratifizierung möglichst einstimmig vorzunehmen, da „das Projekt eine besonders zeitgemäße Kundgebung am Vorabend unserer Verhandlungen zu Vieren über die Donaufrage darstelle“. Man wolle der Tschechoslowakei, deren Rolle bei der Regelung der Donaufgabe besonders wichtig sei, die notwendigen Mittel für die Staatskasse zur Verfügung stellen.

Bruch des Osterburgfriedens?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. April. Gegen den Vetter der „Beret“, der Berliner Anschlag und die Klammereisen in Berlin verwaltet, ist ein Strafverfahren wegen „Bruches des Osterburgfriedens“ eingeleitet worden. Die „Beret“ hat nämlich in der vergangenen Nacht an allen Vorkriegs-Plakate angeschlagen, die zur Wahl Hitlers im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl auffordern. Das Anschlag dieser Plakate soll angeblich im Widerspruch zu den Bestimmungen des Osterburgfriedens stehen. Der „Beret“ ist aufgeboten worden, die Plakate bis Freitagvormittag 2 Uhr wieder zu entfernen.

Soweit bisher feststeht, handelt es sich um eine Kette von Mißverständnissen, die zu dieser Verletzung des Osterburgfriedens geführt hat. Nach geltendem Recht kann ein Wahlplakat 24 Stunden nach seiner politischen Abstempelung verbreitet werden. Die Drucker, die dieses nationalsozialistische Wahlplakat herstellten, hatte es am 30. März der Polizei zur Abstempelung vorgelegt und auch den Stempel erhalten. Die Firma war nun in dem Glauben, daß mit dieser behördlichen Abstempelung auch die Genehmigung zur Verbreitung nach Ablauf von 24 Stunden erreicht sei und übergab das Plakat der „Beret“ mit dem Bemerkens, die Plakatierung für den 1. April sei von der Polizei genehmigt. Die „Beret“ erlaubte sich nicht weiter, ob diese Plakatierung zutrifft, sondern ließ es heute früh anheben. Die Polizei hielt sich demgegenüber auf dem Standpunkt, daß das geltende Recht durch die Notverordnung über den Osterburgfrieden für diesen Fall außer Kraft gesetzt sei, so daß auch nach erfolgter Abstempelung eine Verbreitung der Plakate nicht vor Ablauf des Osterburgfriedens, also erst am Montag, dem 4. April, hätte erfolgen dürfen.

Der neue Propagandafeldzug Hitlers

München, 1. April. Die nationalsozialistische Parteiliteratur veröffentlicht Einzelheiten über die Vorbereitung zur Propaganda für den zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl. Am kommenden Sonntag, mittags 12 Uhr, sei der Osterburgfriede beendet. In der gleichen Minute werde Adolf Hitler bereits in Dresden vor eine Massenversammlung treten. Es ist beabsichtigt, daß er während der ganzen noch verbleibenden Woche dauernd unterwegs ist und täglich an etwa drei bis vier verschiedenen Stellen spricht. Nach nationalsozialistischer Berechnung sollen auf diese Art etwa eine Million Versammlungsteilnehmer Gelegenheiten haben, ihn persönlich zu hören. Die Parteiliteratur, die von einem „gigantischen“ Plan spricht, der „in der Großartigkeits der Idee und dem Maß zu bewältigender Arbeit in der Geschichte parlamentarischer und anderer Wahlen nicht seinesgleichen“ habe, kündigt weiter an, daß die Parteiliteratur während dieser Zeit in vervielfachter und verbesselter Auflage erscheinen sollen, der „Völkische Beobachter“ sogar in Millionenauflage.

Stahlhelm und Hitler

Berlin, 1. April. Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Die Presse veröffentlicht einen Aufruf für Adolf Hitler, der auch vom Herron Karl Eduard von Koburg unterzeichnet ist. Der Inhalt dieses Aufrufes widerspricht der politischen Stellungnahme der Stahlhelmführung. Seine Unterzeichnung durch den Herron von Koburg ist geeignet, die einheitliche Politik des Stahlhelms zu schädigen. Die Bundesführer haben die nötigen Schritte eingeleitet.

Die amtliche Kandidatenliste

Berlin, 1. April. Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist heute nacht 12 Uhr abgelaufen. Es sind beim Reichswahlleiter drei Wahlvorschläge eingereicht worden, nämlich von Hindenburg, Hitler, Thälmann. Die drei Wahlvorschläge sind vom Reichswahlleiter zugelassen worden.

Wie die Befragung des „Zeppelin“ wählt

Berlin, 1. April. Zum erstenmal wird das Zeppelin-Anfrageverfahren auch in der Luftschiffahrt angewendet. Der Befragung des „Graf Zeppelin“ wird am 3. April, vor dem Start zur zweiten Südamerikafahrt, Gelegenheit gegeben, im Luftschiffhafen Friedrichshafen abzukommen. Die Stimmen werden am 10. April mit den Stimmen eines allgemeinen Wahlbezirks in Friedrichshafen ausgezählt.

Zusammenkunft Groeners mit Rüdenthals

Braunschweig, 1. April. Der braunschweigische Finanzminister Dr. Rüdenthals trifft am Freitagvormittag mit Reichsinnenminister Groener in Bad Harzburg zusammen. Anlässlich der Goethefeier in Weimar, an denen auch Minister Dr. Rüdenthals teilnahm, wurde von ihm der Wunsch geäußert, dem Reichsinnenminister einmal ein sachliches Bild der tatsächlichen Lage in Braunschweig zu geben. Da Minister Groener zur Zeit zu Besuch bei General Wild in Blankenburg am Harz weil, wird dieser Besuch zu einer Besprechung mit Minister Rüdenthals in Harzburg benutzt.

5.50
7.75
3.75

AUS-
ungen
ner

er
M.
ls
en
ton
chf.